

Neue Sammlungsbestrebungen?

Berlin, 13. August. (Eig. Meld.)

Zu der Mitteilung über neue Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Volkserhaltenden Vereinigung wird von volksparteilicher Seite erklärt, daß die Anregung hierzu von dem Reichsminister Treviranus und dem Grafen Westarp ausgeht. Es könne sich hierbei jedoch nur darum handeln, sich über ein späteres parlamentarisches Zusammenarbeiten zu verständigen und einen Burgfrieden für den jetzigen Wahlkampf festzulegen. Ein weitergehendes Ziel komme nicht mehr in Frage, nachdem die von Dr. Schulz ausgegangenen Sammlungsbestrebungen an dem Widerstand der Volkserhaltenden Volkspartei und der Wirtschaftspartei gescheitert seien und die Deutsche Volkspartei inzwischen ihren selbständigen Wahlkampf eingeleitet habe. Für unrichtig erklärt wird auch die Behauptung eines Berliner Mittagblattes, daß die Einladung von Treviranus dem Volksparteiführer Schulz wegen des Zusammenschlusses der Gruppen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei in Württemberg und Baden genehmigt sei. Es wird erklärt, daß die dort vereinbarten gemeinsamen Wahllisten keine Desacoulierung der Reichsparteileitung sei, da zwischen Volkspartei und Demokraten in Baden und Württemberg bekanntlich seit langem parlamentarische Arbeitsgemeinschaften bestünden, die zu zerreißen nicht in der Absicht der Parteileitungen liegen könne.

Keine neuen Sammlungsbestrebungen

Berlin, 13. August.

Die durch die Presse gehenden Mitteilungen, nach denen am Dienstag auf Einladung des Ministers Treviranus zwischen der konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei neue Bestrebungen über die Festlegung eines gemeinsamen Aktionsprogramms stattfinden sollten, entsprechen nicht den Tatsachen. Wie wir hören, ist weder an die Deutsche Volkspartei, noch an die Wirtschaftspartei eine Einladung zu einer solchen Bestrebung ergegangen.

Berlin, 13. August.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat gestern nachmittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen. Zur Beratung standen die vom Aktionsausschuß der Staatspartei vorgelegten Kandidatenlisten für die Reichstagswahlen. Die Bestrebungen sind selbstverständlich nur vorbereitenden Charakters, da die endgültige Entscheidung bei den Organen der Staatspartei liegt.

Kabinetts und Offiziersfragen

Berlin, 13. August.

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinetts gestern die Offiziersfragen erledigt. Die Beratungen sind abgeschlossen worden. Es ist ein volles Einvernehmen mit den preussischen Stellen erzielt worden. Die Einzelverordnungen sind nunmehr dem Reichspräsidenten zugeleitet worden.

Thüringens Beamtenabbau

Sozialdemokratische Klage beim Staatsgerichtshof

Weimar, 13. August.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages von Thüringen hat gegen die thüringische Landesregierung bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich neuerdings eine Klage angehängt, nach der die Ungültigkeit des am 29. März verabschiedeten Ermächtigungsgesetzes festgestellt werden soll.

Bekanntlich hatte der Staatsgerichtshof in einer Entscheidung die Ungültigkeit des den Beamtenabbau betreffenden § 3, Absatz 1, des Ermächtigungsgesetzes festgestellt. Der Beamtenabbau wird aber, wie vom Ministerium mitgeteilt wurde, nicht auf Grund dieses für ungültig erklärten § 3, sondern an Hand anderer Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes durchgeführt. Die Fraktion hat nun, um der thüringischen Regierung jede Handhabe für einen Beamtenabbau zu nehmen, die Klage gegen alle übrigen Bestimmungen des Ermächtigungsgesetzes eingereicht.

Vor einer neuen Preisentwertung?

Günstige Auswirkung auf dem Eisenmarkt.

Bodum, 13. August.

Nach den letzten Berichten hat der Absatz von Ruhrkohlen im Monat Juli eine beträchtliche Abschwächung erfahren und sogar einen Tiefstand erreicht, wie er seit den Tagen vor dem englischen Bergarbeiterstreik nicht mehr verzeichnet wurde. Gegenüber dem gleichen Monat sowie dem Jahresdurchschnitt des Vorjahres beträgt der Rückgang nicht weniger als 25 Prozent. Trotzdem seit Jahresbeginn etwa 50 000 Bergarbeiter entlassen wurden, müssen einzelne Zechen sechs bis acht Feierschichten monatlich einlegen. Dennoch lagert auf den Halben die Förderung von fast einem Monat im Werte von rund 150 Millionen Mark.

Unter diesen Umständen tritt im Ruhrkohlenbergbau immer stärker der Wunsch hervor, durch eine Preisentwertungsaktion, mit der gleichzeitig eine Lohnsenkung verbunden werden soll, eine Besserung in die Wege zu leiten. Man denkt dabei wohl in erster Linie an den Deynhäuser Schiedspruch, der für die Eisenindustrie ebenfalls eine Lohnsenkung mit gleichzeitiger Preisentwertung herbeiführt.

Jedenfalls scheint eine Mehrheit im Kohlenbergbau bereit zu sein, den Lohnstarif im Ruhrbergbau, der am 30. September abläuft, am 15. August zu kündigen, da er sonst für ein ganzes Jahr weiter gelten würde. Es ist somit schon in den nächsten Tagen mit einer Aktion der Ruhrzechenbesitzer zu rechnen. In den Kreisen der Arbeitergewerkschaften betont man aber schon jetzt, daß sich die Preisermäßigung auch ohne eine Lohnsenkung durchführen lasse. Da bei den Verhandlungen der beteiligten Parteien nicht sich kaum eine Einigung zustande kommen dürfte, wird sicherlich eine staatliche Schlichtungsaktion notwendig werden. Ueber die Auswirkungen des Deynhäuser Schiedspruchs für die Eisenindustrie erfährt man jetzt, daß sich ein

Umschwung zum Besseren auf dem Eisenmarkt geltend zu machen beginnt. Die Preise bleiben stabil und allgemein setzt sich die Auffassung durch, daß mit einer weiteren Preisentwertung nicht mehr gerechnet werden brauche. Besonders auffallend ist diese Erscheinung auf dem Schrotmarkt, wo die Preise zum Stillstand gekommen und bereits verschiedene Geschäfte getätigt worden sind. Es scheint sich also zu bestätigen, daß durch die gleichzeitig vorgenommene Senkung der Löhne und Preise eine Stabilisierung zustande gekommen ist, die auf einen neuen Aufschwung hoffen läßt.

Revolte im Bojener Gerichtsgefängnis

Posen, 12. August.

Im Posener Gerichtsgefängnis brach wegen angeblich schlechten Essens in den späten Nachmittagsstunden eine Revolte aus. Die Häftlinge schrien und zerklühten die Fensterscheiben, rissen die Fensterrahmen heraus und zerstörten die Zelleeinrichtungen. Die Polizei umstellte das Gefängnis und sperrte die Zugangsstraßen ab. In den späten Abendstunden wurde die Feuerwehre alarmiert, die dann die Gefangenen in den Zellen unter Wasser setzte. Erst spät gegen Mitternacht gelang es, den Aufstand zu unterdrücken.

Ehrliches Eingeständnis Belgiens

„Kein Beweis für derartige Grausamkeiten der deutschen Soldaten“

Brüssel, 12. August.

Vor kurzem ist auf Wunsch der belgischen Regierung das bekannte Kriegsgreuelbild, auf dem ein Kind mit abgehakten Händen dargestellt ist, aus dem Armeemuseum in Brüssel entfernt worden, da für eine derartige Grausamkeit der deutschen Soldaten keinerlei Beweise existieren.

Das liberale Blatt „L'Independence Belge“ hat eine Anzahl Artikel veröffentlicht, in denen die belgische Regierung wegen der Entfernung des Bildes heftig angegriffen wird, und die darauf abzielen, das Bild an seine alte Stelle zurückzubringen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, werden diese Angriffe auf die Entscheidung der Regierung aber keinerlei Einfluß ausüben.

Niederlage Tschiangkailichs

Hankau, 13. August.

Die Regierungstruppen haben Tschiangkailichs geräumt; die Wiederbesetzung der Stadt durch die Kommunisten steht bevor. Die Einwohner sind von Panik ergriffen und flüchten zu Tausenden. Die Meldung ist bisher von der Zensur zurückgehalten worden.

Boycott deutscher Waren eingeleitet

Amsterdam, 13. August.

Der führende holländische Molkereiverband, der Allgemeine Niederländische Zulieferverband, von dem bekanntlich die in Holland gegen deutsche Waren entfachte Boykottbewegung ausgeht, hat beschlossen, diesen Boykott vorläufig einzustellen.

Begründet wird dieser Schritt damit, daß der unmittelbare Anlaß zu dieser Boykottbewegung, nämlich die wiederholten Verträge, zwischen Deutschland und Finnland zum Abschluß eines privaten Butter- und Käselieferungsvertrages zu gelangen, durch das endgültige Scheitern der deutsch-finnischen Verhandlungen weggefallen ist. Da die Lage jedoch vorläufig noch sehr unsicher erscheint, so heißt es in einem Pressecommuniqué, wolle der Verband einstweilen eine abwartende Haltung einnehmen und inzwischen mit anderen Interessentengruppen Fühlung suchen, um für den Fall, daß es für notwendig gehalten werde, den Boykott erneut auszusprechen, für diese Bewegung dann eine breitere Grundlage zu haben.

Die Ostafrikafrage

Eine vernünftige englische Stimme

London, 13. August.

In einem Leitartikel beschäftigt sich der angesehenere „Manchester Guardian“ mit der Erklärung des deutschen Konsuls in Nairobi über den Besuch des deutschen Kreuzers „Karlruhe“ in Tanga und sagt u. a.: Das Hauptinteresse an dem Zwischenfall muß der Haltung der deutschen Presse gelten. Selbst linksstehende Blätter haben den Zwischenfall begrüßt, weil er nach deutscher Auffassung die Tatsache hervorhebt, daß Tangajika ein Mandatsgebiet und nicht eine britische Kolonie ist. Zweifellos ist das deutsche Interesse mehr auf die Tatsache zurückzuführen, daß das Gebiet eine vormalige deutsche Kolonie ist, als auf die Sorge um die Bitterbunds-Grundlage.

Aber das sollte uns nicht über die Notwendigkeit hinwegtäuschen, Geste und Buchstaben des Mandats peinlich genau zu beobachten. Die Pläne zur Schaffung eines ostafrikanischen Bundes haben nicht nur in Deutschland Mißtrauen hervorgerufen. Der gemeinsame Parlamentsausschuß wird in seiner nächsten Sitzung diesen Plan zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten haben. Der Ausschuss muß es sich angelegen sein lassen, keinen Plan zu empfehlen, der von unparteilichen Beobachtern als ein Versuch der Annexion des Mandatsgebiets von Tangajika ausgelegt werden könnte.

Juwelenraub bei Friedrich v. Siemens

Berlin, 13. August.

Während sich der Generaldirektor der Siemens A.-G., Friedrich von Siemens, mit seiner Gattin bei der Geburtstagsfeier Professor Hecks befand, wurde seine Charlottenburger Villa von dem berühmtesten 41 Jahre alten „Ingenieur“ Frih Bachnick auf raffinierte Weise betraubt. Bachnick, der sich, seinem alten Trieb entsprechend, als Revisionsbeamter für elektrische Telefonleitungen ausgab, wurde von dem Personal durch die Räume geführt. In einem unterwachten Augenblick drang er in den Ankleideraum der Frau von Siemens, öffnete mit einem Nachschlüssel einen Schrank und raubte daraus Juwelen für etwa 100 000 M. Nachdem er den Schrank wieder verschlossen hatte, hielt er sich noch etwas im Hause auf und verschwand dann spurlos.

Bachnick und seine Laten haben schon öfter die Behörden beschäftigt und Aufsehen erregt. Sein Arbeitslohn ist immer das gleiche. Bachnick betreibt seinen Schwund seit 1918. Seine Beute, die er im Hause von Siemens gemacht hat, dürfte in die 100 000 gehen. Er stahl eine goldene Handtasche mit goldenem Portemonnaie, eine lange echte Perlenkette mit Platinhalsband und einen Anhänger in Größe eines Dreimarkstückes, der mit Brillanten und Perlen besetzt ist, ein Platinarmband mit Perlen und Brillanten, zwei Ringe mit Diamanten und ein goldenes Zigarettenetui. Außerdem nahm er einen Schmuckkasten, der auch noch Brillanten enthielt, von denen bisher die genaue Beschreibung fehlt.

Einmal allerdings hat man Bachnick doch erwischen können. Er wurde zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, die er im vergangenen Spätsommer verbüßt hatte. Seither kommen etwa 40 ähnliche Diebstähle auf sein Konto.

Schweres Unwetter über Bad Reichenhall

Bad Reichenhall, 13. August.

Die Gegend um Bad Reichenhall wurde gestern abend von einem schweren Unwetter heimgesucht. Ueber dem Latengebirge ging ein schwerer Wolkenbruch nieder. Die Bergbäche schwellen zu reißenden Flüssen an. An der Schießstätte stautete sich der Wappach-Fluß, die Fluten wälzten sich in die Stadt hinein und drangen in die Keller. Die Bahnstraße Reichenhall-Berchtesgaden ist auf mehrere Tage unterbrochen. Geröll und Sand liegen meterhoch in den Straßen. Die Anrasser mehrerer unterwegs befindlicher Autos konnten sich nur mit Mühe retten. Auch der Bahnverkehr nach Freilassing ist unterbrochen.

Schweres Autobusunglück im Memelland

Memel, 13. August.

Ein schweres Autobusunglück ereignete sich im Kreise Memel. Von einem auf der Strecke Memel-Polanen verkehrenden Autobus löste sich ein Hinterrad. Der Autobus fuhr gegen einen Baum, wobei der Benzintank explodierte. Der Wagen fing Feuer und verbrannte. Sieben Personen wurden ins Memeler Krankenhaus eingeliefert, von denen drei wieder entlassen werden konnten. Die anderen vier Personen mußten, da ihre Verletzungen schwerer Natur sind, im Krankenhaus verbleiben.

Fünfzehn Fischer ertrunken

Kapstadt, 13. August.

In der Südafrikanischen Union ist durch starke Orkane, anhaltende Regen- und Schneefälle großer Schaden angerichtet worden. Die Fischerweilken haben sehr gelitten. Fünfzehn Fischer, darunter zwei Europäer, sind ertrunken.

Bilzvergiftung - Zwei Tote

Frankenberg. Nach dem Genuß selbst gesuchter Bilz war hier vor einigen Tagen die ganze Familie des Färbers Eppendorfer schwer erkrankt. Während die Mutter und die ältere Tochter sich wieder erholen konnten, sind die 45 Jahre alte Vater und die siebenjährige Tochter den Folgen der Vergiftung erlegen.

Berlin im Kirchenbann

Die Verbrennung des Propstes Nikolaus von Bernau.

Vor etwa 600 Jahren, ungefähr 30 Jahre nach der Entstehung der Marienkirche zu Berlin herrschte in der Mark und im übrigen Deutschland schlimme Zeiten. Waldemar der Große, der Hort der Mark, hatte seine Augen für immer geschlossen. Im nächsten Jahre, man schrieb 1320, starb auf sein Nachkommen, der letzte Astanier, Heinrich das Kind. So war die Mark verwaist. König Ludwig von Bayern (1313-1347) trug zu jener Zeit die deutsche Kaiserkrone. Als erledigtes Reichslehen gab er die Mark seinem Sohne Ludwig dem Älteren (1324-1351), der damals noch ein Knabe war, so daß eine Vormundschaftsregierung für ihn eingesetzt werden mußte. Der Papst ließ aus Rom vertrieben, zu Avignon in Südfrankreich. Die deutschen Fürsten waren unter sich uneins. Außerdem erhob der Herzog Friedrich der Schöne (1314-1330) von Oesterreich Anspruch auf die deutsche Königs- und Kaiserkrone. Er fand die Unterstützung zahlreicher deutscher Fürsten und wurde von diesen zum Gegenkönig gekürt. In der Schlacht bei Mühlbach wurde er jedoch (1322) mit Hilfe des Burggrafen von Nürnberg, Friedrich VI. von Hohenzollern geschlagen und gefangen genommen. Im Jahre 1325 leistete er Verzicht auf den Königsthron und erhielt seine Freiheit wieder. Papst Johann XXII. sprach über den ihm nicht willfährigen Kaiser Ludwig den Bann aus, der den Anlaß zu den Bannkommissionen in Berlin-Köln bildete, die den Städten manche Unannehmlichkeiten einbrachten. Unter anderem wurde durch auch Berlin in den Bann getan. Die praktische Bedeutung eines Bannspruches ging viel weiter, als man sich das heutzutage vorstellen vermag, da im Mittelalter die kirchlichen Funktionen eng mit den staatlichen zusammenhängen und die Einstellung des Gottesdienstes, der Sakramente usw. auch das kirchliche Leben mehr oder minder lähmte.

Nach dem Tode Waldemars und Heinrichs war man in der Mark im Zweifel, wer nun der rechtmäßige Landesherren wäre; zwar war Ludwig von Wittelsbach mit der Mark belehnt worden, allein die Witwe Waldemars, Frau Agnes, war die Grundherrin der Schwesterstädte. Sowohl Berlin-Köln, als auch die Bogeni Spandau und der Bornim gehörten zum Leibeigende der Frau Agnes. So durften die Städte sich keinem anderen Landesherren zuwenden, als es Frau Agnes tat. Da jede Fürstinwitwe eines gefallenen Vormundes bedurfte, huldigte Frau Agnes dem Herzog Rudolf von Sachsen. Folglich mußten auch Berlin und Köln dem Herzog Rudolf den Eid leisten, der auch die landesherrlichen Rechte in den Städten ausübte. Im Jahre 1321 erreichte er es sogar, daß 22 Städte des Havellandes, der Zauche, des Bornims und des Teltows ihm als Landesherren den Eid schworen, darunter auch Berlin und Köln. Agnes hatte sich inzwischen wieder verheiratet, und zwar mit dem Herzog Otto von Braunschweig, der auf das gesamte Leibeigende seiner Gattin verzichtete. So bildeten sich in Berlin zwei Parteien, eine, die Rudolf als rechtmäßigen Landesherren anerkannte und eine, die zu Ludwig dem Wittelsbacher hielt. Die Kirche stellte sich gegen den in den Bann getanen Wittelsbacher auf die Seite Rudolfs und